



15.03.2007

Verhandeln statt verordnen



Am 15. März 2007 führten Vertreterinnen und Vertreter des DGB und der Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP ein Gespräch mit Innenminister Hövelmann.

Anlass des Gesprächs war die Forderung des DGB nach einem echten Verhandlungsverfahren, bevor Änderungen durch Gesetz, Verordnung oder Erlass in Kraft gesetzt werden. Bisher sieht der § 94 Beamten-gesetz lediglich vor, dass die Spitzenorganisationen angehört werden müssen.

Mit der Umsetzung der Föderalismusreform zum 1.9.2006 hat das Land die abschließenden Zuständigkeiten für die Besoldung, Versorgung und das Laufbahnrecht erhalten. Udo Gebhard, Vorsitzender des DGB Sachsen-Anhalt, überreichte Innenminister Hövelmann einen Entwurf, der die Vorstellungen der Gewerkschaften enthält.

Hövelmann zeigte sich aufgeschlossen, eine Verbesserung des Verfahrens herbeizuführen. Beide Seiten vereinbarten, bald einen Entwurf zu erarbeiten und möglichst bis zur Sommerpause eine gemeinsame Vereinbarung zu unterschreiben.

Der Landesbezirksvorstand

www.gdp-sachsen-anhalt.de

Landesbüro: Halberstädter Str. 120, 39112 MD, Tel.: 0391/ 611 60 10; Fax: 0391/611 60 11; E-Mail: Isa@gdp-online.de